



Paul Kirchhof / Renate Schmidt

Familienpolitik für eine
lebendige Gesellschaft

Vorwort

Die Veränderungen im demographischen Aufbau der Bevölkerung bestimmen zunehmend die Inhalte der öffentlichen Diskussion und die sozialpolitischen Reformen, aber der Akzent liegt wesentlich auf den Konsequenzen aus der Alterung der Gesellschaft. Im Interesse der Zukunfts- und Innovationsfähigkeit Deutschlands ist es jedoch höchste Zeit, nach geeigneten Wegen und Möglichkeiten zu suchen, die Regeneration der Gesellschaft zu stärken.

Mit diesem Heft wollen wir einen kleinen Beitrag leisten, die ideologischen Gräben vollends zuzuschütten und eine pragmatische Familienpolitik zu befördern. Es geht um die Frage, wie Staat und Gesellschaft zeitgemäße – materielle, rechtliche wie infrastrukturelle – Anreize zur Familiengründung schaffen. Wie wesentliche Rahmenbedingungen u. a. im Arbeits- und Steuerrecht zu gestalten sind, um die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, beschreibt Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D. und Professor für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg, in seinem Beitrag. Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, stellt die Grundsätze ihrer „Familienpolitik besserer Infrastrukturen“ vor, deren Ziel es ist, über die Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie insbesondere den Frauen die gleichzeitige Erfüllung des Kinderwunsches und eine verstärkte Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Ottheinrich Freiherr von Weitershausen
Berlin, im Oktober 2004

Die Autoren

Prof. Dr. Paul Kirchhof

| | |
|-------------|---|
| 21.02.1943 | geboren in Osnabrück |
| 1962 - 1966 | Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg und München |
| 1968 | Promotion zum Dr. jur. (München) |
| 1974 | Habilitation an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg für die Fächer Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht, Finanz- und Steuerrecht sowie Verwaltungslehre |
| 1975 - 1981 | Ordentlicher Professor für Öffentliches Recht unter besonderer Berücksichtigung des Finanz- und Steuerrechts an der Universität Münster, Direktor des Instituts für Steuerrecht der Universität Münster |
| 1976 - 1978 | Prorektor der Universität Münster, Stellvertreter des Rektors |
| seit 1981 | Ordentlicher Professor für öffentliches Recht unter besonderer Berücksichtigung des Finanz- und Steuerrechts an der Universität Heidelberg, Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg |
| 1987 - 1999 | Richter des Bundesverfassungsgerichts, Mitglied des Zweiten Senats |
| 1976 - 2001 | Vorstandsmitglied in der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission, Vizepräsident |

| | |
|-------------|--|
| 1984 - 1999 | Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft |
| seit 1999 | Vorsitzender der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft |
| seit 1994 | Mitglied der Ständigen Deputation (Vorstand) des Deutschen Juristentages |
| 2000 | Neugründung der Forschungsstelle Bundessteuergesetzbuch im Institut für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg |
| seit 2002 | Vorsitzender der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages |

Renate Schmidt

Renate Schmidt wurde 1943 in Hanau geboren. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und ist evangelisch. Nach dem Gymnasium war sie Programmiererin, Systemanalytikerin und Betriebsrätin in einem führenden Versandunternehmen.

Frau Schmidt ist seit 1972 Mitglied der SPD. Von 1980 bis 1994 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. Von 1987 bis 1990 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Von Dezember 1990 bis Oktober 1994 war sie Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Bis zur Wahl als Spitzenkandidatin der Bayern-SPD 1994 in den Bayerischen Landtag war Frau Schmidt direkt gewählte Abgeordnete des Stimmkreises Nürnberg-Nord.

Von 1994 bis 2000 war sie Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und von 1991 bis 2000 Landesvorsitzende der Bayern-SPD.

Sie ist Mitglied der Gewerkschaft HBV, der AWO, der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, des Bund Naturschutz, der AIDS-Hilfe und des Kuratoriums des Deutschen Kinderschutzbundes.

Von 1993 bis 2002 war sie Präsidentin des Bayerischen Jugendrotkreuzes und Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. Von Mai 2002 bis Oktober 2002 war sie Präsidentin des Deutschen Familienverbandes.

Seit 22. Oktober 2002 ist Renate Schmidt Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.